

03.07.2025

## Stellungnahme zur Absage einer Veranstaltung mit Francesca Albanese durch die Universität Bern

Die Allianz für Kritische und Solidarische Wissenschaft (KriSol) kritisiert die erneute [Absage](#) einer Veranstaltung mit Francesca Albanese. Die Veranstaltung sollte am 30.06.2025 an der Universität Bern stattfinden und wurde von Amnesty International Schweiz organisiert. Diese Absage reiht sich ein in frühere Absagen von wissenschaftlichen Veranstaltungen mit Francesca Albanese an der Freien Universität Berlin und der Ludwig-Maximilians-Universität in München im Februar dieses Jahres. Die nationalen und internationalen öffentlichen Reaktionen auf diese Absagen benannten schon damals einen großen Vertrauensverlust in Universitäten als Orte, an denen Wissenschaftsfreiheit und Meinungsfreiheit geachtet werden (siehe [Pressespiegel](#)). Es ist erschütternd, dass nun auch die Universität Bern dem öffentlichen Druck einiger weniger Akteure nachgegeben hat und die Veranstaltung an einem alternativen Ort in Bern stattfinden musste.

Francesca Albanese ist die von den Vereinten Nationen ernannte Sonderberichterstatterin zur Menschenrechtssituation in den seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebieten. Der Vorwurf der Universität Bern, eine Veranstaltung mit Albanese sei nicht „wissenschaftsbasiert und ausgewogen“, der sich auf Berichte einer Lobbygruppe und auf einzelne Tweets stützt, verkennt nicht nur ihr Amt sondern ignoriert auch ihre eigenen ausführlichen Berichte ([hier](#) und [hier](#)) wie auch die des Veranstalters Amnesty International (296 Seiten [Analyse zur Situation in Gaza](#), AI Dezember 2024). Indem die Universität Bern Albaneses Legitimität als Gesprächspartnerin durch die Absage pauschal in Frage stellt, beteiligt sich diese an der Diffamierung der Sonderberichterstatterin und der Vereinten Nationen, deren Glaubwürdigkeit und internationale Handlungsfähigkeit dadurch gemindert werden. Dies trägt zur weiteren Relativierung des Völkerrechts bei und ist in der dem Humanitarismus verpflichteten Schweiz schockierend. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung und offene Diskussion der Völkerrechtsverstöße Israels sowie der rechtlichen und politischen Verantwortung europäischer Länder wird so systematisch verhindert. Das ist für den Schutz der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit, und für den Wissenschaftsstandort Schweiz, ebenso wie für den demokratischen Diskurs im Allgemeinen nicht hinnehmbar.